AFP

ROBERT GOODYN / GETTY IMAGES

Flüchtige Mladić, Karadžić, Angeklagter Milošević: *„Niedrige Strafempfehlungen kann ich nicht nachvollziehen“*

JUSTIZ

„Fragwürdige Abmachungen“

Wolfgang Schomburg, 56, deutscher Richter beim Haager Kriegsverbrecher-Tribunal für das ehemalige Jugoslawien, über die Fehler der Staatsanwälte, fehlende Beweismittel und ungerechte Urteile

SPIEGEL: Das Kriegsverbrecher-Tribunal steckt in einer Sackgasse: Die Prozesse ziehen sich endlos hin, häufig treten unglaubwürdige Zeugen auf. Wer trägt die Schuld daran?

Schomburg: Kritisch sind vor allem die meist vagen Anklageschriften. Sie umfassen oft „auf Vorrat“ ein Spektrum möglicher Taten und deren Ausführung. Der Eindruck drängt sich auf, dass ein Haftbefehl beantragt wird und erst dann die eigentlichen Ermittlungen beginnen – also nicht, wie etwa in Deutschland üblich, bereits ein dringender Tatverdacht besteht. Ein Handicap sind auch unvollständige Informationen, die wir Richter von der Staatsanwaltschaft erhalten.

SPIEGEL: Was heißt das im Klartext?

Schomburg: Ich fühle mich unwohl, ein Urteil zu schreiben – wohl wissend, dass im Tribunal selbst entscheidungsrelevante Unterlagen vorhanden sein können, auf die ich aber keinen Zugriff habe. Die Staatsanwaltschaft allein hat Zugang zur vollständigen Datenbank und entscheidet unkontrolliert, welche Beweismittel sie in einem Verfahren den Richtern vorlegt und welche Zeugen sie aufruft.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen hat das für die Angeklagten?

Schomburg: Es kann passieren, dass zwei Angeklagte bei gleichem Sachverhalt unterschiedliche Urteile erhalten, weil unterschiedliche Beweismittel vorgelegt wurden. Die Staatsanwaltschaft ist Herrin des gesamten Verfahrens, nicht die Richter entscheiden über den Ablauf. Das ist eine Konsequenz dessen, dass einer Region ein angloamerikanisches Rechtssystem oktroyiert wurde, die traditionell das kontinentaleuropäische System kennt – welches eher der materiellen Wahrheitsfindung verpflichtet ist. Kommt es überdies im Vorfeld eines Prozesses zu einer „Abmachung“ zwischen Staatsanwalt und einem Angeklagten, wird uns ohnehin nur eine reduzierte Anklage vorgelegt. Die Richter können daher nicht beurteilen, ob die erstrebte Strafminderung gerechtfertigt ist …

SPIEGEL: … wie etwa bei Biljana Plavšić, der ehemaligen Vertrauten des bosnischen Serbenführers Radovan Karadžić und späteren Präsidentin der Republika Srpska, die zu elf Jahren Haft verurteilt wurde.

Schomburg: Derart niedrige Strafempfehlungen kann ich nicht nachvollziehen. Wenn man sich schon auf fragwürdige Abmachungen einlässt, die einem internationalen Strafgericht kaum angemessen sind, dann sollten die Nutznießer der Vereinbarungen auch verpflichtet werden, in anderen Verfahren wahrheitsgemäß auszusagen. Frau Plavšić hat dies bisher in keinem einzigen öffentlichen Verfahren getan.

DPA

Richter Schomburg

Das Haager Tribunal

wurde 1993 von der Uno ins Leben gerufen, um die Verbrechen der Balkankriege zu sühnen. Seither erließen die Richter 52 Urteile. Der spektakulärste Prozess ist der gegen den ehemaligen Belgrader Machthaber Slobodan Milošević – ein Urteil wird nicht vor 2006 erwartet. 49 Angeklagte sitzen momentan in U-Haft, unter ihnen hochrangige Belgrader Polit-Größen. Derzeit laufen sieben Prozesse parallel – 19 Angeklagte sind weiter flüchtig, darunter der einstige Serbenführer Radovan Karadžić.

SPIEGEL: In Belgrad wird eine Zusammenarbeit mit dem Tribunal von vielen Politikern und den meisten Bürgern abgelehnt. Hat das aggressive Vorgehen der Chefanklägerin Carla Del Ponte diese Abwehrfront provoziert?

Schomburg: Ein Staatsanwalt sollte sich auf die Verfahren und die Kooperation mit den betroffenen Staaten konzentrieren, sich also nicht in das politische Tagesgeschehen einmischen. Es ist wenig hilfreich, Klagen über mangelnde Kooperation kurz vor Wahlen abzugeben, obwohl klar ist, in welch schwieriger Situation sich die Verantwortlichen in der Region befinden. Es gilt eher zu ermutigen, statt mit Drohungen und Einschüchterung zu arbeiten.

SPIEGEL: In welchem Umfang bestimmen die USA als einer der Hauptfinanziers des Tribunals dessen Fortgang und womöglich auch die Richtlinien der Verfahren?

Schomburg: Die USA spielten in den letzten Jahren nicht immer eine hilfreiche Rolle für unsere Arbeit. Die meistgestellte Frage ist: Warum gibt es diese Tribunale nur für Jugoslawien und Ruanda? Warum lassen die USA, in vielen Bereichen Wahrer von Grundrechten und -freiheiten, nicht auch in anderen Teilen der Welt ein unabhängiges internationales Tribunal zu, etwa im Irak? Ein internationaler Strafgerichtshof sollte die Politik der Nichtverfolgung von Straftaten und der Immunität für hochrangige Politiker und Militärs beenden.

SPIEGEL: Was letztlich die Frage aufwirft: Kann man den früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević für Vergewaltigungen in Gefangenenlagern haftbar machen, nicht aber US-Politiker für das Malträtieren irakischer Gefangener?

Schomburg: Ich bleibe Optimist. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wird am Ende siegen. Ich glaube, dass beispielsweise China einer der nächsten großen Staaten sein wird, die das Römische Statut für den Internationalen Strafgerichtshof ratifizieren. Langfristig werden sich auch Russland und die USA der Kraft des Rechtes nicht entziehen können.

SPIEGEL: Zweifeln Sie angesichts der Farce um die Suche nach den mutmaßlichen Kriegsverbrechern Ratko Mladić und Radovan Karadžić nicht an der Aufrichtigkeit der Internationalen Gemeinschaft?

Schomburg: Es ist schon verblüffend zu sehen, dass die meistgesuchten Personen, zu denen auch der kroatische General Ante

Gotovina zählt, bisher nicht verhaftet wurden. Mir kann niemand weismachen, dass dies bei entsprechendem politischem Willen nicht möglich gewesen wäre. Bisher wurde noch jeder ernsthaft Gesuchte, egal wo, aufgegriffen.

SPIEGEL: Die Gerüchte wollen nicht verstummen, dass Karadžić unter dem Schutz Washingtons steht und Gotovina sich in Frankreich versteckt.

Schomburg: Ich darf nicht spekulieren, aber größere politische Interessen könnten durchaus eine der Ursachen sein.

SPIEGEL: Ende 2008 soll das Tribunal für weitere Verfahren geschlossen werden. Wird der Mammutprozess gegen Milošević angesichts dessen Verzögerungstaktik bis dahin beendet sein?

Schomburg: Angeklagte, die ihre Verurteilung nicht ausschließen können, arbeiten oft mit Verzögerungstaktiken. Andererseits: In vielen Verfahren wäre es sicher hilfreich gewesen, sich von vornherein auf ein vernünftiges Maß zentraler Anklagepunkte zu beschränken.

SPIEGEL: Was passiert, wenn Karadžić oder Mladić bis Ende 2008 nicht gefasst werden?

Schomburg: Ich hoffe, dass dieser Fall nicht eintritt. Aber es gibt bereits Alternativvorschläge. Sollten diese Personen bis 2010 verhaftet werden, könnte ein drastisch verkleinertes Gericht die Verfahren führen. Später wäre auch die Einrichtung einer neuen Kammer für diese Fälle denkbar.

SPIEGEL: Ende 2004 sollten alle Anklageschriften erstellt sein. Neue Anklagen sind bisher nicht bekannt. Heißt das, der neue albanische Kosovo-Premier und Ex-Guerillaführer, Ramush Haradinaj, kann sicher sein, dass er nun nicht vor Gericht muss?

Schomburg: Nein. Nur die Ermittlungen mussten bis Ende 2004 abgeschlossen sein, eine Anklageschrift kann noch Monate später vorgelegt werden. Zugelassen wird sie allerdings nur, wenn der vom Sicherheitsrat benannte Grad der „Höchstverantwortlichkeit“ erreicht ist. Alle anderen Fälle werden künftig vor nationalen Gerichten gehört werden.

SPIEGEL: Ist das sinnvoll? Viele Kriegsverbrecher gelten in ihrem eigenen Staat noch immer als Helden, und auch die Gerichte sind dort häufig politisch beeinflusst.

Schomburg: In jedem einzelnen Fall muss sich eine eigens eingerichtete Kammer dieses Tribunals vergewissern, dass ein faires und gerechtes Verfahren im übernehmenden Staat möglich ist. Dies kann der Staat sein, in dem ein Angeklagter festgenommen oder jener, in welchem die Straftat begangen wurde. Können Zweifel an der Fairness nicht ausgeräumt werden, können wir uns an einen Drittstaat wenden, der willens ist, solch ein Verfahren zu übernehmen. Niemand kann also darauf bauen, dass die Zeit für ihn arbeitet. Die Zeit der Nichtverfolgung der früher „Unantastbaren“ ist in dieser Region grundsätzlich vorbei.

Interview: Renate Flottau

GROSSBRITANNIEN

Nun bewältigt mal!

Der Vorfall um Prinz Harry zeigt, dass auch die Briten Probleme mit der Vergangenheit haben. *Von Matthias Matussek*

Was für ein Foto: der Drink, die Kippe, das Hakenkreuz, richtig cool.

Moment. Hakenkreuz? Der Prinz mit der Nazi-Binde? Der Schnappschuss aus dem Partykeller der britischen Jeunesse dorée wäre eine Beiläufigkeit geblieben, hätte ihn nicht eines der Kids an die „Sun“ verkauft, die größte Flüstertüte der Insel.

So steht er für einen radikalen Perspektivwechsel.

Nun stehen deutsche Kommentatoren an der Seitenlinie und schütteln den Kopf. Über den englischen Umgang mit Hakenkreuz und Holocaust. Und die Massenpresse ist mit ihnen.

Bisher pflegte es umgekehrt zu sein.

Bisher waren die Deutschen – auch 60 Jahre nach Kriegsende – die ewigen Mörder-Knatter-Chargen im englischen Alltag. Die Groschenblätter nutzten jede Gelegenheit, über die Nazi-Fritzen herzuziehen. Die Krauts sind Zielscheiben endloser Witze, Geschmacklosigkeiten, Rüpeleien. Das ging so weit, dass zehnjährige deutsche Kinder als „Krauts“ durch den Park gejagt wurden.

Und nun? Nun hängt Prinz Harry, Dritter in der Reihe der Thronfolger, mit Hakenkreuz-Armbinde und Phantasie-Wehrmachts-Hemd lässig auf einer Party ab. Das Emblem des Judenmordes, ein Gag. Wie peinlich.

Fast wäre es übrigens eine SS-Uniform geworden, gab die 78-jährige Maud Franklin von Maud's Cotswold Costumes zu Protokoll: „Das hätte dann wohl noch mehr Aufsehen erregt.“ Aber die Jacken seien alle eine Nummer zu klein gewesen. Unter den Royals, meinte sie, sei ihr Laden „durchaus sehr beliebt“.

Der Skandal ist wohl genau diese Beiläufigkeit. Das Foto zeigt kein politisches Statement, keinen Stechschritt, sondern Partygeschnatter. Der Skandal ist diese Zahl: 60 Prozent der englischen Jugendlichen wissen nichts mit Auschwitz anzufangen.

Nun zeigt sich: Man prügelte die Deutschen nicht aus Abscheu über zurückliegende Verbrechen, sondern weil man Lust am Prügeln hatte. Von den Verbrechen selbst hatte man keine Ahnung, es genügte, dass man notorisch auf der Seite war, die Recht hatte.

Prinz Harry bediente sich ganz umstandslos aus dem Fundus dieses selbstgerechten ideologischen Milieus. Er trug eine Bundeswehrjacke zur Nazi-Binde. Seine Botschaft auf diesem Kostümball: Deutsche, Nazis, Krauts, alles das Gleiche. Das neue demokratische Deutschland: absolut uninteressant. Eine knappe Schulterbewegung, und die Hülle fällt ab, und drunter wird der Nazi-Mörder sichtbar. Den man nicht ohne dunkle Faszination spazieren führt. Gruselgrusel.

Wie wenig man in der Woge der mehr oder weniger geheuchelten Empörung auf der Insel den Spaß an der Hitler-Witzelei verloren hat, zeigt die „Sun“. Sie titelte nach dem Super-GAU über den Zorn (fury) von Prinz Charles: „Mein Fury“ – was doch, kicherkicher, eine hübsche Lautähnlichkeit zu „Mein Führer“ hergibt.

THE SUN / AP

„Sun“-Titelseite mit Harry-Foto: *Ein harmloser Witz?*